Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3259**
15. Wahlperiode 01. 06. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Klimke, Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/1327 –

Unterstützung grenzübergreifender kommunaler Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Osterweiterung

A. Problem

Die EU-Osterweiterung bietet große Chancen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, weil sie die verschiedenen Regionen, Länder und Menschen einander näher bringt. Grenzübergreifende Kooperationen wie Städtepartnerschaften, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Regionen, Institutionen, nichtstaatlichen Organisationen (NGO) und Wirtschaft stellen eine Chance für die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und den EU-Beitrittsstaaten aus Osteuropa dar. Deutschland mit seiner Grenze zu zwei EU-Beitrittsländern und seiner historischen Rolle als Mittler zu Osteuropa sollte bei der Unterstützung grenzüberschreitender kommunaler Zusammenarbeit eine Führungsrolle übernehmen. Darüber hinaus sollte das mit der Erweiterung verbundene große touristische Potential auch für die Entwicklung der Tourismuswirtschaft in Deutschland und den Beitrittsländern genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund fordern die Antragsteller die Fördermittel des Auswärtigen Amts für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zur Förderung des Kultur- und Jugendaustausches im Rahmen der Städtepartnerschaftsarbeit zu erhöhen. Weiter soll die Bundesregierung die Zusammenarbeit des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mit Partnerstädten der osteuropäischen EU-Beitrittsländer unterstützen und Informationsveranstaltungen unter Beteiligung von Kommunen, Institutionen, NGOs, der Wirtschaft, der Tourismusbranche in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden durchführen und finanziell unterstützen. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen auch die vielfältigen politischen, wirtschaftlichen, institutionellen und kulturellen Möglichkeiten und Chancen der Zusammenarbeit aufgezeigt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 15/1327 abzulehnen.

Berlin, den 31. März 2004.

Der Ausschuss für Tourismus

Ernst Hinsken Vorsitzender	**Ernst Burgbacher** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ernst Burgbacher

1. Beratungsverlauf

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/1327 in seiner 73. Sitzung am 7. November 2003 an den Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

2. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 24. März 2004 einstimmig empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 33. Sitzung am 24. März 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 40. Sitzung am 28. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 53. Sitzung am 24. März 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 28. Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 36. Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 25. Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 15/1327 in seiner 39. Sitzung am 31. März 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags.

Die Koalitionsfraktionen legten dar, dass der Antrag davon ausgehe, dass die Bundesregierung Aktivitäten einleiten müsse, um die Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern überhaupt zu gestalten. Diese Annahme sei falsch, denn es gebe seit Jahren Programme und Projekte, mit denen sowohl auf EU-Ebene wie auf Bundesebene auf die Herausforderungen der Erweiterung reagiert werde.

Im Bereich der Kultur gebe es das EU-Förderprogramm „Kultur 2000“ mit einem Volumen von 167 Mio. Euro für vier Jahre. Im Bereich des Jugendaustausches sei auf die EU-Programme SOKRATES, LEONARDO DA VINCI und JUGEND zu verweisen. Bei letzterem Programm seien die EU-Mittel für „Gemeinschaftsaktionen für Grenzregionen“ aufgestockt worden. Beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seien mit dem deutsch-polnischen Jugendwerk und dem Koordinierungszentrum für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch eigene Jugendaustauschprogramme angesiedelt. Auch die geforderten Informationsveranstaltungen in den Grenzregionen seien schon vor Jahren angelaufen. In vielen Regionalkonferenzen seien mit Teilnehmern aller Ebenen die verschiedensten Probleme bereits angesprochen und in Angriff genommen worden. Für die Zusammenarbeit mit den Kandidatenländern auf der Ebene staatlicher Behörden, Kammern oder gleichwertiger Stellen habe die Kommission 20 Mio. Euro aus dem Interreg-Fonds für technische Hilfe zur Verfügung gestellt. Überraschenderweise würden die Forderungen keinerlei Bezug auf den Wirtschaftsfaktor Tourismus nehmen. Nicht einmal die von der Deutschen Zentrale für Tourismus initiierten Kampagnen, die sich an Reisende aus den neuen Mitgliedstaaten und Russland richteten, seien in dem Antrag erwähnt. Da die geforderten Initiativen bereits in vollem Gange seien, sei der Antrag insgesamt als überholt anzusehen und mithin abzulehnen.

Die Fraktion der CDU/CSU hob hervor, wesentliches Anliegen des Antrags sei es, den Bürgern, Institutionen und Kommunen konkrete Möglichkeiten des Kennenlernens, des gegenseitigen Reiseverkehrs, der Kooperation sowie des Abbaus von Vorurteilen zu geben. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung habe ergeben, dass 59 Prozent der Menschen eine negative Haltung zur EU-Osterweiterung hätten. Hintergründe für die Befürchtungen und teilweise auch Existenzängste seien aber in erster Linie der mangelnde Informationsstand in der Bevölkerung. Daher sei es wichtig, dass es auf allen Ebenen zu Partnerschaften komme, dass die Erweiterung letztlich in die Herzen der Menschen eindringe. In diesem Sinne seien vor allen Dingen Städtepartnerschaften voranzubringen und diese nicht nur finanziell, sondern auch ideell zu unterstützen. Allein mit Frankreich gebe es 2 075 Städtepartnerschaften, auf die EU-Beitrittsstaaten entfielen lediglich 1 411 Partnerschaften. Die Bundesregierung bekenne sich zwar zur Osterweiterung, unterstütze Projekte zum EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten jedoch in sehr viel geringerem Maße, als es in den Niederlanden oder Skandinavien der Fall sei. Aufklärungskampagnen, Jugendbegegnungen und Informationsveranstaltungen seien dort die Regel. Ein Land, das wie Deutschland im Herzen Europas liege, müsse in partner-

schaftliche Projekte wie Jugendaustausch, Städtepartnerschaften, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit investieren.

Die Fraktion der FDP unterstützte die grundsätzliche Zielrichtung des Antrags, die Chancen der EU-Erweiterung für den Tourismus zu nutzen, obgleich sie der Forderung nach einer Erhöhung der Mittel eher skeptisch gegenüber stand. Die Fraktion der FDP betrachtet die EU-Erweiterung aus tourismuspolitischer Sicht als sehr positiv, da sie für alle Beteiligten große Chancen beinhalte. Letztlich werde der Beitritt dazu führen, Vorurteile abzubauen, Neugierde zu wecken und zur Völkerverständigung beizutragen.

Berlin, den 31. März 2004

Ernst Burgbacher
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333